

„Ich glaube noch immer an Versöhnung“

Interview mit dem Erzbischof von Gitega, Simon Ntamwana, zur aktuellen Lage in Burundi

KiZ: Herr Erzbischof Ntamwana, die Bischöfe Burundis haben vor wenigen Tagen einen Brief veröffentlicht, der nicht nur im eigenen Land Aufsehen erregt hat. Die Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen spricht davon, dass der „Streit zwischen Regierung und katholischer Kirche eskaliert“.

Erzbischof Simon Ntamwana: Im kommenden Jahr im Mai wird es in Burundi Wahlen geben und diese Situation prägt die Debatte im Land, alle sprechen davon. Wir Bischöfe haben mit unserer Botschaft als Hirten der katholischen Kirche unseren Beitrag zur öffentlichen Debatte geleistet. Wir wollten dazu ermutigen, sich auf das Ereignis gut vorzubereiten und alles Mögliche zu tun, damit die Wahlen gut verlaufen. Wir haben aber natürlich auch auf die Fragen und Probleme geschaut, die sich in der gegenwärtigen Lage im Land ergeben. Es ist ganz normal und üblich, dass die Bischöfe vor jeder Wahl etwas sagen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, weil wir unser Volk, insbesondere die christlichen Gemeinden, dazu erziehen müssen, zur Wahl zu gehen, sich vorher zu informieren und sich zu fragen, welche Entscheidung sie treffen, um dem Land und den Menschen zu helfen. Wir werden im Dezember und, je nach dem, kurz vor der Wahl noch einmal das Wort ergreifen.

Wagen Sie eine Wahlprognose?

Erzbischof Ntamwana: Wenn wir im Land Kräfte hätten, die etwas vorschlagen würden, was die Bevölkerung interessiert, Akteure, die in die Richtung der Gerechtigkeit, einer gerechten Volkswirtschaft zeigen würden, dann wäre es möglich über den Wahlausgang zu spekulieren. Aber wir sind noch immer in der Situation der starken politischen Macht einer Partei, die keine Opposition hat. Ich kann nur sagen: Lasst uns friedliche Wahlen durchführen.

Der Oberhirte der Eichstätter Partnerdiözese Gitega, Erzbischof Simon Ntamwana.

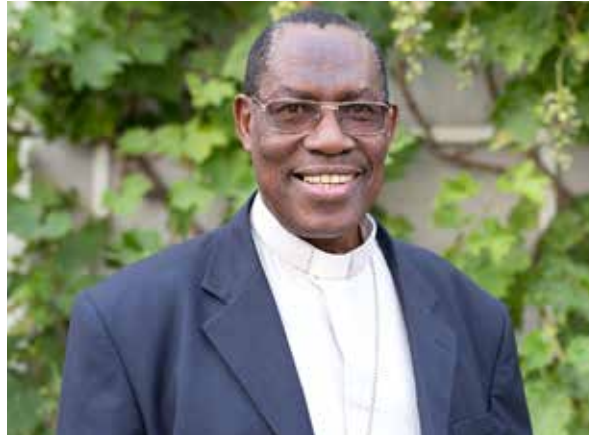


Foto: pde/Taiber-Groh

Die Bischöfe sprechen in dem Schreiben konkrete Probleme an: willkürliche Verhaftungen, gewaltsame Ausschaltung politischer Gegner, politisch motivierte Morde. Ein Sprecher des Staatspräsidenten hat den Briefscharfkritisiert und den Bischöfen vorgeworfen, sie riefen die Bevölkerung zum Hass auf.

Erzbischof Ntamwana: Ich bin traurig, diesen Vorwurf zu hören von Leuten, die erleben konnten, wie die Kirche seit Jahren für den Frieden und die Versöhnung eintritt. Dass die Kirche beschuldigt wird, Hass zu predigen, ist eine böswillige Projektion der Gegenseite. Die Kirche hat niemals Hass gepredigt. Für uns katholische Bischöfe ist es selbstverständlich, dass wir uns zu Wort melden und wir wissen, dass es einigen im ersten Moment vielleicht nicht sofort klar wird, warum es jetzt zu dieser Wortmeldung kommt. Es verwundert aber, dass die Reaktionen so scharf sind, wenn wir doch nur über täglich zu sehende Tatsachen sprechen. Vor zwei Tagen gab es eine neue Wortmeldung durch die Sprecher der Regierung und des Präsidenten, dass wir als Kirche das Recht hätten, uns zu den Wahlen zu äußern, zu kritisieren und zu mahnen. Wir freuen uns darüber, dass diese Einsicht da ist und das auch so formuliert wird, das entspannt die Atmosphäre deutlich.

Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen hat im ver-

gangenen Monat der Regierung Burundis schwere Verbrechen zur Last gelegt. Es sei extrem gefährlich, in Burundi offen und kritisch seine Meinung zu sagen.

Erzbischof Ntamwana: Diese Vorfälle und diese Bedrohungen sind Fakt. Wir wissen das aus Berichten von Familien, deren Söhne plötzlich spurlos verschwinden, und deshalb haben wir das in unserer Botschaft auch erwähnt.

Im ersten Halbjahr hat die Regierung das UN-Büro geschlossen und ausländischen Sendern untersagt, im Land zu senden. Wie kommt man an Informationen, wie kommuniziert man?

Erzbischof Ntamwana: Die freie Meinungsbildung und Meinungsäußerung wird massiv kontrolliert, trotzdem ist man durch die sozialen Medien und Kanäle im weltweiten Netz verbunden und kann sich über Vorgänge informieren. Kommunikation zu unterbinden, wie das früher einmal geschah, das funktioniert nicht mehr.

Die Flüchtlingsbewegungen sind ein großes Problem. Burundesen, die vor den politischen Verhältnissen in Nachbarländer geflohen sind, werden nun gezwungen, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Erzbischof Ntamwana: Auch das sprechen wir in unserer

Botschaft an. Bis heute flüchten Landsleute und zugleich werden burundische Flüchtlinge, die in Nachbarländern in Camps leben, gezwungen, nach Burundi zurückzukehren, wo sie aber kein Haus, keine Wohnung mehr haben. Und dazu werden sie dann bedrängt und bedroht, weil sie wegen ihrer Flucht als Verräter und Feind gesehen werden. Es ist eine Folter für diese Menschen, nirgendwo einen Ort zu haben und heimatlos hin und her gestoßen zu werden.

Währenddessen beschäftigt sich die Regierung mit einem Luxusproblem wie der Verlegung der Regierungshauptstadt.

Erzbischof Ntamwana: Das geht schon seit zwei Jahren so. Die Verlegung des Regierungssitzes von Bujumbura nach Gitega ist ein Projekt für Leute, die die Ideologie der Souveränität verfolgen. Es ist ein rein symbolischer Akt, an einen historisch wichtigen Ort zurückzukehren, an große Zeiten zu erinnern, eine symbolische Abkehr von der Zeit des Kolonialismus. Ein Regierungsbeschluss, der viele Millionen kostet und zu dem die Bevölkerung nicht befragt wurde.

Das zentrale Thema Ihrer Biografie, wie Ihrer Theologie, Ihr ständiger Antrieb, ist das Anliegen, Versöhnung zu ermöglichen. Ein realistisches Ziel?

Erzbischof Ntamwana: Ich glaube noch immer an Versöhnung, sie ist notwendig und sie ist unvermeidlich, wenn wir zusammen an einer guten Zukunft für unser Land bauen wollen. Deshalb zeige ich allen Menschen immer wieder diesen Weg der Versöhnung. Ob wir eine Chance haben, bald eine Versöhnung zu erreichen, hängt davon ab, dass wir wieder einen echten Dialog führen können. Deshalb müssen wir weiter ermutigen und weiter daran arbeiten.

Interview: Michael Heberling